



Kommunalwahlprogramm 2025

SAGEN WAS IST

MACHEN WAS HILFT

**VERSPRECHEN
HALTEN.**



**Kreisverband
Mülheim a. d. Ruhr**

Afd



Liebe Mitbürger,

wir erinnern uns alle: Die Kommunalwahlen vor fünf Jahren in NRW standen im Zeichen der Corona-Krise – und eines beispiellosen Versagens von Politikern und Institutionen darin.

Die Kommunalwahlen 2025 stehen im Zeichen schwerer grundsatzpolitischer Spannungen – von großen zwischenstaatlichen Konflikten bis hin zur Ebene der Kreistage und Stadträte.



Der rote Faden in diesem Geschehen ist die Auseinandersetzung zwischen Globalisten und Souveränisten. Nach dem Willen der Globalisten soll die ganze Welt nach einem einheitlichen Regelwerk funktionieren („global governance“). Sie begrüßen globale Migration und die Vermischung der Kulturen, Grenzen sind ihnen ein Gräuel. Die Souveränisten hingegen halten an der Notwendigkeit von Grenzen und Begrenzung fest. Grenzen bieten Schutz vor Angriff und Vereinnahmung, sie erlauben die Unterscheidung von Eigenem und Anderem – ohne Grenzen können Gemeinwesen nicht existieren.

In Deutschland ist die AfD der wichtigste Vertreter der Souveränisten. Immer mehr Menschen erkennen, dass die AfD mit ihrer Warnung vor linksgrünem Ideologentum und ihrem Eintreten für starke Gemeinwesen recht gehabt hat. Und sie haben die AfD mit ihrer Stimme zur zweitstärksten politischen Kraft in Deutschland gemacht!

Doch die Wahlverlierer klammern sich verzweifelt an ihre Macht. Mit einem beispiellosen Bruch von Wahlversprechen, einer beispiellosen Verschuldungspolitik und der dreisten Missachtung des Wählerwillens wollen sie ihr gescheitertes Projekt fortsetzen – koste es, was es wolle. Ihr wichtigstes Werkzeug dabei ist die ‚Brandmauer‘, mit der

die AfD von der direkten Mitwirkung an der Gestaltung der Gemeinwesen ausgeschlossen werden soll.

Bezahlen müssen diesen Wahnwitz die Bürger. Die ‚Grundsteuerreform‘ ist nur ein Beispiel von vielen, wie den Bürgern ‚legal‘ das Geld aus der Tasche gezogen wird!

Unterdessen wird der öffentliche Raum immer unsicherer. Der Innenminister Nordrhein-Westfalens musste Anfang Juni den Anstieg allein der Messerkriminalität um über zwanzig Prozent in einem einzigen Jahr einräumen! Weihnachtsmärkte, Karnevalsumzüge, Straßenfeste, Bahnhöfe – Orte des öffentlichen Lebens und unserer gelebten gemeinsamen Kultur – sind alle nicht mehr sicher. Die AfD ist nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen!

So wie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, sind die Gemeinden die Keimzellen des Staates. Es ist unendlich wichtig, dass das Leben in ihnen wieder von Sicherheit, Ordnung und Stabilität geprägt ist! Wie der Weg dorthin aussehen sollte, können Sie unseren Programmen und Debattenbeiträgen entnehmen.

Angst und Wegducken sind hingegen schlechte Ratgeber. Die Mitglieder der AfD beweisen tagtäglich, dass sie keine Angst haben und sich nicht wegducken. Allen Anfeindungen zum Trotz treten sie selbstbewusst und selbstkritisch, aber klar in der Sache für ein starkes und partnerschaftsfähiges Deutschland ein.

Aus den Grundsatzpositionen der AfD leitet sich auch das kommunalpolitische Programm unserer Kreisverbände ab, das Sie auf den folgenden Seiten finden.

Überzeugen Sie sich selbst! Kommen Sie zu unseren Veranstaltungen und teilen Sie uns Ihre Sorgen mit. Die AfD nimmt die Bürger ernst und gibt ihnen eine Stimme.

*Ihr **Dr. Martin Vincentz***

Landessprecher der AfD NRW

Die Stadt Mülheim an der Ruhr steht auch im Jahr 2025 vor gewaltigen Herausforderungen. Vielerorts zeigt sich in unserer Stadt ein Bild des Stillstands oder gar des Rückschritts: marode Infrastruktur, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, zunehmende Unsicherheit und ein Stadtrat, der sich in ideologischen Projekten verliert, anstatt mutige und kluge Entscheidungen für unsere Stadt zu treffen.

Mülheim an der Ruhr war einst eine florierende Stadt, doch jahrzehntelange Fehlentscheidungen der etablierten Fraktionen haben unser Mülheim verkommen lassen. Während die politisch Verantwortlichen der letzten Jahrzehnte Probleme lieber schönredeten oder verdrängten, spüren die Mülheimer Bürger längst die konkreten Folgen dieser verfehlten Kommunalpolitik: Schlaglöcher statt Mobilität, Unsicherheit statt Ordnung, Stellenabbau statt Zukunftsperspektiven.

Wir als AfD Kreisverband Mülheim an der Ruhr fordern deshalb die Rückkehr zu einer Politik der Vernunft, der Verlässlichkeit und des klaren Kurses. So wie bisher darf es in Mülheim an der Ruhr nicht weitergehen! Unser Anspruch ist es, Mülheim an der Ruhr wieder zu einer Stadt zu machen, in der Sicherheit, Ordnung, solide Finanzen und bürgernahe Politik im Mittelpunkt stehen und nicht ideologische Experimente oder verwaltungstechnischer Selbstzweck. Dieses Kommunalwahlprogramm bietet konkrete, realisierbare Lösungen für die drängendsten Probleme unserer Stadt.

Wir als AfD Kreisverband Mülheim an der Ruhr präsentieren Ihnen damit nicht nur fundierte Kritik am Status quo, sondern vor allem eine klare und bürgernahe Alternative zu den festgefahrenen Mehrheiten im Stadtrat. Für ein sicheres, ordentliches und lebenswertes Mülheim an der Ruhr mit wertegeleiteter Haltung, rationalem Sach- und gesundem Menschenverstand.

Mülheim im Mai 2025



*Ihr **Dominic Fiedler***

*Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes
Mülheim an der Ruhr*





Inhalt

Wofür steht die AfD?	08
1. Finanzen und Steuern	11
2. Wirtschaft und Infrastruktur	16
3. Energie und Umwelt	21
4. Innere Sicherheit	25
5. Migrationspolitik und Rückführung	29
6. Familie	33
7. Schule und Bildung	37
8. Mobilität und Verkehr	41
9. Bauen und Wohnen	45
10. Gesundheit, Sport und Ehrenamt	49
11. Kultur und Denkmalpflege	52
12. Hier bei uns	55



**Wofür
steht**

die AfD?

Die AfD ist die Partei des konservativen Realismus. Grundsätzlich unterscheiden wir uns von allen anderen Parteien in den folgenden Punkten:

Realpolitik statt Ideologie und Wunschenken: Nicht das gewünschte oder erhoffte Verhalten, sondern das tatsächlich zu erwartende Verhalten der Menschen und ihrer Regierungen muss die Grundlage der politischen Entscheidungen bilden.

Anerkennung des Nationalstaats statt postnationaler Grenzenlosigkeit: Die Nationalstaaten sind nach wie vor wichtige politische Größen. Sie bilden Solidar- und Schicksalsgemeinschaften und erlauben die Zugehörigkeit zu einer Großgruppe. Es sind gerade die Errungenschaften der Nationalstaaten, die Menschen aus aller Welt nach Deutschland und Europa ziehen.

Wiederherstellung der Wehrfähigkeit statt ‚feministischer Außen- und Verteidigungspolitik‘: Die internationalen Beziehungen sind keine grüne Spielwiese. Nur wer glaubhaft seine Wehrbereitschaft und seine Wehrfähigkeit darstellt, kann die geopolitische Ordnung mitgestalten. Die Bundeswehr ist fahrlässig über Jahrzehnte kaputtgespart worden. Die AfD dagegen fordert seit ihrem Bestehen eine umfassende Moder-

nisierung der Streitkräfte, die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und eine neue Wertschätzung unserer Soldaten.

Europäische Erneuerung statt EU-Superstaat: Die demokratiefördernden Brüsseler Institutionen sind das unerkannte Machtzentrum des politischen Geschehens bei uns. Wir fordern eine einvernehmliche Auflösung der EU und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft als Staatenbund souveräner und eigenverantwortlicher Demokratien.

Für direkte Demokratie: Unser Grundgesetz sieht Volksabstimmungen vor. Die etablierten Parteien jedoch fürchten Volksabstimmungen. Die AfD hat keine Angst vor der Meinung des Volkes. Sie will mehr Demokratie wagen und fordert daher Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild.

Einsatz für eine echte Familienpolitik: Das größte sozialpolitische Problem Deutschlands ist der demografische Wandel. Die etablierten Parteien haben trotz aller Warnungen bei seiner Lösung vollständig versagt. Die AfD stellt sozialpolitisch die Familien ins Zentrum und hat ein umfassendes Programm zur Erreichung höherer Geburtenzahlen erarbeitet.

Ausbreitung des Islams stoppen: Im Jahr 2080 werden etwa 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland muslimischen Glaubens sein. Die AfD hält das für nicht wünschenswert und will dem politisch entgegenwirken. Dafür berufen wir uns auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker: „Ein Volk hat das Recht, frei über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden.“

Trennung von Zuwanderung und Asyl: Die etablierten Parteien haben die Unterscheidung zwischen Beschäftigungszuwanderung und Asyl vorsätzlich verwischt. Diese Unterscheidung muss wieder hergestellt werden!

Die AfD fordert außerdem: Unterbindung illegaler Migration, keine ‚Spurwechsel‘, keine Kettenduldungen und die Ausreise aller Ausreisepflichtigen.

Zuwanderung nach unseren Bedarfen: Wir entscheiden, wer zu uns kommen darf – und wer nicht. Qualifizierte Zuwanderer sind herzlich willkommen und sollen Deutschland als gastfreundliches Land kennenlernen. Wer von ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben will, muss auch Sprache und Kultur seiner neuen Heimat erwerben. Hunderttausende haben das bereits getan und sind geschätzte Bürger unseres Landes geworden.

Klima-Realismus statt Klima-Religion: Die Klima-Hysterie der letzten Jahre ist von den Medien planmäßig erzeugt worden. Tatsächlich ist ein kritischer Zusammenhang zwischen menschengemachtem CO₂ und dem Klimawandel nicht belegbar. Wer dennoch CO₂ reduzieren will, sollte in Peking beginnen. Die ‚Klimapolitik‘ der Bundesregierung ist reine Symbolpolitik.

Energie-Realismus statt Energiekollaps: Der grüne Gewaltakt ‚Energiewende‘ ist der größte politische Irrtum der letzten sechzig Jahre – wie inzwischen auch seine Urheber merken. Die AfD steht für sichere und bezahlbare Energie aus unterschiedlichen Quellen und befürwortet seit ihrem Bestehen die friedliche Nutzung der Kernenergie.

Leitkultur statt Multi-Kulti-Doktrin: Multi-kulturelle Gesellschaften sind immer auch multi-konfliktuelle Gesellschaften. Leitkultur bedeutet demgegenüber, dass bei kulturell bedingten Wert- und Normkonflikten den Werten einer bestimmten Kultur der Vorrang zukommt. Diese Kultur kann in Deutschland nur die deutsche Kultur sein.

Natürliche Sprache statt Gender-Gaga: Linksgrüne Volkserzieher wollen uns ihren unsinnigen Gender-Neusprech aufzwingen. Die AfD stellt sich dem entgegen und will schriftliches Gendern wie in Frankreich verbieten. Schluss mit der Verhunzung der deutschen Sprache!



1. Finanzen und Steuern

Die Kommune – selbstständige Gemeinschaft statt hilfloser Befehlsempfänger

Die AfD will das kommunale Steuerrecht und Finanzwesen grundsätzlich so gestalten, dass eine tragfähige und wirtschaftliche Haushaltsführung wieder möglich wird und kommunale Selbstverwaltung kein leerer Begriff mehr ist. Die Realität ist gekennzeichnet durch explodierende Sozillasten und die Folgen der Massenmigration. Das Abwälzen der Folgekosten gesamtstaatlicher politischer Entscheidungen auf die Kommunen schadet dem unmittelbaren Lebensumfeld der Bürger - vor Ort in der Stadt und der Gemeinde. Die AfD steht für hohe Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards. Vor kostentreibenden Auswüchsen solcher Standards müssen die Kommunen aber geschützt werden.

1.1 Einfaches und gerechtes kommunales Steuerrecht - Abschaffung der Grundsteuer

Die reformierte Grundsteuer ist immer noch kompliziert und wahrscheinlich verfassungswidrig. Trotz zugesicherter Aufkommensneutralität zeichnet sich eine deutliche Steuererhöhung für die meisten Eigentümer ab, was die Mietnebenkosten ebenfalls erhöht. Auf die Finanzgerichte rollt eine Klagelawine zu. Das kommunale Steuerkonzept der AfD beinhaltet unter anderem die Abschaffung der Grundsteuer, die durch eine hebesatzfähige Beteiligung der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzt wird. Durch die vereinfachte Erhebung wird die Verwaltung entlastet; besteuert wird nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

1.2 Weitblickende und solide Finanzpolitik

Der kommunale Haushalt soll ausgeglichen und langfristig tragfähig sein. Investitions- und Ausgabenentscheidungen müssen ideologiefrei allen Bürgern dienen und ihre Folgekosten berücksichtigt werden. Fördermittel für Kommunen führen zwar manchmal zu sinnvollen



kommunalen Investitionen, aber immer zu großem bürokratischen Aufwand. Die AfD steht für kommunale Selbstverwaltung samt angemessener finanzieller Ausstattung statt Fremdbestimmung durch Fördermittelvergabe. Luxusausstattungen sowie ideologische Vorhaben, wie ‚Gender Mainstreaming‘ oder ‚Diversity Management‘, sind Geldverschwendung und werden von uns grundsätzlich abgelehnt.

1.3 Finanzierung und Altschulden

Ursache kommunaler Überschuldung ist, neben lokalem Missmanagement und Versagen der Kommunalaufsicht, die jahrelange strukturelle Unterfinanzierung für Pflichtaufgaben, vor allem im Sozialbereich. Wir befürworten eine Übernahme von Altschulden gemäß dem Verursacherprinzip sowie einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen für die Kommunen. Vorgaben von Bund und Land sind von diesen vollständig zu finanzieren (Konnexitätsprinzip).

1.4 Sparen durch Effizienz

Die Verwaltungen müssen durch Bürokratieabbau entlastet und effizienter werden, unter anderem durch koordinierte Digitalisierung, Anwendung von KI und flexibleren Personaleinsatz. Wo Synergieeffekte möglich sind, sollten Kommunen diese durch Zusammenarbeit nutzen. Der Effizienz dienen auch regelmäßige und frühzeitige Überprüfungen des gesamten Verwaltungshandelns auf Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit, ggf. durch externe Fachleute.

1.5 Investieren für lebenswerte Kommunen

Zum Abbau der sichtbar wachsenden Investitionsrückstände muss der Anteil der Investitionsausgaben am Gesamtbudget der Kommunen steigen, insbesondere für Attraktivität, Standortqualität und Verbesserung der Infrastruktur. Dazu müssen Investitionshemmnisse und komplizierte Vorgaben im Vergaberecht konsequent beseitigt werden. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine größere Bürgerbeteiligung durch Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide aus.

1.6 Mülheimer Misswirtschaft beenden

Mülheim gehört mit durchschnittlich 9.312 Euro Pro-Kopf-Schulden Stand 2023 für Kernhaushalte zu den am höchsten verschuldeten Städten Nordrhein-Westfalens mit der Tendenz steigend. Jahr für Jahr wird das Haushaltsloch größer, ohne dass Bund oder Land eine nachhaltige Lösung anbieten. Gleichzeitig steigen die Zinslasten, während wichtige Einnahmequellen wie die Gewerbesteuer von wenigen Großunternehmen abhängig sind. Eine Steuerverschwendung wie mit der neuen Feuerwache, durch fremder Bauträger, Miete statt Eigentum und kostspieligen Rückkauf, darf sich nicht wiederholen.

Die AfD Mülheim an der Ruhr fordert:

- Senkung der Grundsteuer, Eigentum darf nicht länger zur Dauerbelastung werden;
- die Reduzierung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer, um Standortattraktivität zu steigern und Unternehmen anzuziehen;
- die strikte Ausgabenkontrolle und Schuldenabbau und keine weiteren Belastungen durch ineffiziente oder ideologisch motivierte Projekte und die Überprüfung aller freiwilligen und überwiegend freiwilligen Leistungen im Haushalt mit Blick auf ihre Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit.

Die Senkung der Gewerbesteuer verstehen wir als wirtschaftspolitisches Instrument in der kommunalen Politik. Wir wollen durch eine gezielte Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes die lokale Wirtschaft stärken und den Standort für Unternehmen attraktiver machen.

Wir erwarten durch eine Reduzierung der Gewerbesteuerbelastung:

die Ansiedlung neuer Unternehmen: Ein niedriger Hebesatz kann ein entscheidender Standortfaktor sein. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, aber auch für Start-ups, ist die Steuerbelastung

ein wichtiger Aspekt bei der Wahl des Unternehmenssitzes. Eine attraktivere Steuerpolitik kann dazu führen, dass sich mehr Firmen in der Stadt ansiedeln.

die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen: Durch die Ansiedlung neuer Betriebe und die Stärkung bestehender Unternehmen entstehen neue Arbeitsplätze, was wiederum die kommunale Kaufkraft und die Lebensqualität steigert.

die Stärkung des Wettbewerbs unter Kommunen: Im interkommunalen Wettbewerb um Investitionen und Talente kann ein günstiger Gewerbesteuersatz ein klares Plus sein. Städte, die durch moderate Steuern überzeugen, erhöhen ihre Chancen im Standortwettbewerb erheblich.

und langfristige Mehreinnahmen: Auch wenn eine Senkung kurzfristig zu geringeren Steuereinnahmen führen kann, besteht langfristig die Chance auf ein höheres Steueraufkommen durch die Zunahme wirtschaftlicher Aktivitäten und Unternehmensansiedlungen.



2. Wirtschaft und Infrastruktur

Leistung statt Ideologie: Eine starke Wirtschaft für starke Kommunen

Die AfD steht für eine wirtschaftspolitische Realpolitik. Wir setzen auf Leistung, Eigenverantwortung und regionale Stärke, frei von ideologischer Bevormundung. Wir erkennen die herausragende Bedeutung des Unternehmertums, gerade auch im Handwerk, als Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir werden wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, die Wachstum, Innovation und Wohlstand ermöglichen. Wirtschaftliche Betätigungen der Kommune sollten auf die öffentliche Daseinsvorsorge begrenzt werden.

2.1 Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Wachstum

Mittelständische Unternehmen brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung statt bürokratischer Bevormundung. Sie brauchen freie Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, bezahlbare Energiepreise sowie ein stabiles Internet. Ideologiefreie, marktwirtschaftlich orientierte Kommunalpolitik mit einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung ist der Schlüssel zur Weiterentwicklung des Standorts.

2.2 Digitalisierung und Informationssicherheit

Zur Reduzierung von Bürokratie und Verschlinkung von Prozessen werden wir die Digitalisierung der Verwaltung auf kommunaler Ebene vorantreiben. Dazu gehören robuste IT-Strukturen in den kommunalen Verwaltungen sowie unkomplizierte Online-Verfahren für Unternehmen und Bürger. Einem Mangel an Fachpersonal und Ausstattung wollen wir ggf. durch die Zusammenarbeit mehrerer Kommunen begegnen.

Digitalisierung muss pragmatisch, bürgernah und unter Beachtung der Datensouveränität erfolgen. Informationssicherheit ist kein

Luxus, sondern eine Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Verwaltung und den Schutz sensibler Bürgerdaten.

Die Bürger müssen weiterhin die Möglichkeit haben, ihre Angelegenheiten auch persönlich im Bürgerbüro zu regeln (Recht auf analoges Leben).

2.3 Innenstädte entwickeln

Wir wollen attraktive, sichere Innenstädte. Wir treten kulturellen Monokulturen (z. B. Shisha-Bars und Wettbüros) mit einer ‚Sonderwirtschaftszone Innenstadt‘ entgegen. Vielfältige Geschäfts- und Gastronomiebereiche locken Bürger in die Innenstädte.

Der Wirtschaftsstandort Innenstadt darf nicht durch ideologisch motivierte Verkehrsmaßnahmen beschädigt werden. Attraktive Innenstädte brauchen gut erreichbare Geschäfte.

2.4 Effiziente Verwaltung durch sinnvolle Privatisierung

Kommunale Aufgaben müssen effizient erfüllt werden. Schattenhaushalte oder hoch dotierte Versorgungsposten bei kommunalen Unternehmen sind nicht länger zu tolerieren! Wir befürworten daher die regelmäßige Überprüfung kommunaler Strukturen durch neutrale Instanzen und ggf. wirtschaftlich sinnvolle, risikoarme Privatisierungen oder Ausgliederungen.

2.5 Heimat stärken – Handwerk fördern

Das Handwerk ist das Herz unserer Heimat! Die AfD kämpft für die Entlastung unserer regionalen Betriebe: weniger Bürokratie, steuerliche Erleichterungen und echte Wertschätzung für Ausbilder und Meister. Handwerksbetriebe sichern Tradition, Wohlstand und Zukunft. Wer unsere Heimat bewahren will, muss das Handwerk stärken – wir treten entschlossen dafür ein!

2.6 Mülheimer Misere beenden

Mülheim braucht Aufbruch statt Rückschritt in der Wirtschaft und Infrastruktur. Unsere Stadt verliert zunehmend den Anschluss, wirtschaftlich wie infrastrukturell. Unternehmer meiden die Stadt, Investitionen bleiben aus. Statt florierender Betriebe prägen Leerstände, fragwürdige Billigläden und immer mehr Barbershops und Nagelstudios das Stadtbild. Marode Straßen, überteuertes Parken und eine realitätsferne Verkehrspolitik vertreiben Kunden und Kaufkraft. Auch die Netzinfrastuktur, von Strom über Internet bis zu den Gleisanlagen, ist dringend modernisierungsbedürftig.

Die AfD Mülheim an der Ruhr fordert:

- zielgerichtete Investitionen in die Modernisierung von Infrastruktur und Digitalisierung, insbesondere in Verkehrswege und Versorgungsnetze,
- ausgewogene Innenstadtentwicklung statt Ghettobildung, keine übermäßige Ballung kulturfremder, oft zweifelhafter, Gewerbeformen;
- Planungssicherheit für und eine ausgewogene Stadtentwicklung und klare Regeln statt ideologischer Blockadehaltung;
- Schaffung zukunftsorientierte Wohn- oder Wirtschaftsflächen für dynamische Familien, anstatt weiterer Siedlungen für Sozialempfänger;
- Stärkung der Gastronomie durch nutzerfreundliche Aufenthaltsbereiche;
- attraktive und kostengünstige Parkmöglichkeiten, um die Innenstadt für Bürger und Händler wieder zugänglich zu machen;
- zur Belebung und besseren Erreichbarkeit der Innenstadt die Öffnung der Leineweberstraße in beide Richtungen.

Der Ausbau von Gründerzentren und Gewerbeclustern muss vorangetrieben werden. Die Attraktivität Mülheims muss für das Handwerk und den notwendigen Nachwuchs gesteigert werden.

Wir unterstützen alle Vorhaben, die den Mülheimer Flughafen erhalten. Er ist nicht nur überregional bedeutsam, sondern weist auch mit dem Luftschiffbetrieb ein Alleinstellungsmerkmal im Ruhrgebiet aus.

3. Energie und Umwelt



Eine neue Partnerschaft

Die Alternative für Deutschland ist eine konservative politische Partei. Umweltschutz und Wohlstand der Bevölkerung sind gleichwertige Ziele, die auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zum langfristigen Erhalt von Mensch und Natur klug gegeneinander abzuwägen sind. Umwelt- und Energiepolitik dürfen daher nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gemeinsam und abgestimmt zur Versorgung der Bevölkerung und zum Erhalt der Natur beitragen. Eine ideologische Steuerung der Umwelt- und Industriepolitik lehnen wir ab. Das Klima der Erde ändert sich seit ihrem Bestehen und wird von der Menschheit nur wenig beeinflusst. Das CO₂ in der Luft ist die wichtigste Pflanzennahrung und stellt somit die Ernährungsgrundlage für Tiere und Menschen dar.

3.1 Die Energieversorgung ist das Rückgrat unserer Industrie

Nur eine preiswerte und an der Nachfrage orientierte Versorgung ermöglicht unseren Wohlstand. Wind- und Solarstrom haben einen hohen Flächenverbrauch und sollen nicht mehr finanziell gefördert werden. Grundlastfähige Kraftwerke müssen zur sicheren Stromversorgung weiter in Betrieb bleiben. Insbesondere soll auf unsere heimische Kohle als Energieträger nicht verzichtet werden.

3.2 Kommunale Wärmeplanung ist unnötig – Freiheit im Heizungsbau

Die AfD fordert den Erhalt, Ausbau und die Modernisierung des deutschen Erdgasnetzes. Die Zerstörung der bestehenden Erdgasinfrastruktur lehnen wir strikt ab. Eine Umrüstung auf Wasserstoff betrachten wir als unnötige Geldverschwendung. Über die Art der Beheizung der Wohnungen sollen die Bürger selbst entscheiden. Jede Art von Zwang durch künstliche Verteuerung der Energie lehnen wir ab, gesetzliche Vorschriften sollen die Sicherheit gewährleisten und Emissionen sinnvoll begrenzen. Vorgaben des Staates zum ‚Klimaschutz‘ oder Einschränkungen der CO₂-Emissionen lehnen wir ab. Eine thermische Sanierung

der Wohnungen und Gebäude ist im Neubausektor sinnvoll, bei Altbauten häufig unwirtschaftlich. Einen Sanierungszwang lehnt die AfD ab.

3.3 Örtliches Klima in Städten verbessern

Städte bilden durch die Versiegelung der Böden und die Bebauung Wärmeinseln. Die Strahlung wird absorbiert und die natürliche Kühlung durch den verdampfenden Regen und Tau wird behindert, da der Regen direkt in Kanäle abgeleitet wird. Durch Begrünung der Städte soll diesem Effekt entgegengewirkt werden, das Regenwasser möglichst aufgefangen und zur Bewässerung verwendet werden. Bei Neugestaltung und Planung von Städten müssen ausreichend Grünflächen vorgesehen und für eine optimale, möglichst natürliche Bewässerung gesorgt werden.

3.4 Der Wald als Lebensraum und Wirtschaftsfaktor

Die AfD setzt sich für eine ganzheitliche Betrachtung des Forstes in seinen ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen ein. Wir unterstützen die traditionelle Holzwirtschaft in den walddreichen Gebieten Nordrhein-Westfalens, die Zerstörung von Waldlandschaften durch Windparks lehnen wir dagegen ab. Selbsternannte Umweltschutzorganisationen, die den Forst als machtpolitisches Instrument missbrauchen, sind in die Schranken zu weisen. Wir befürworten einen Umbau kommunaler Wald-Monokulturen aus Fichten oder Kiefern in Mischwälder, die zu einem wesentlichen Teil aus heimischen Laubbäumen oder Tannen bestehen sollen.

3.5 Bäuerliche Familienbetriebe stärken

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind Versorger, aber zugleich gestalten und bewahren sie auch unsere Natur- und Kulturlandschaft. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen muss umweltverträglich sowie werterhaltend sein, denn es gilt, auch künftigen Generationen die Lebensgrundlage zu sichern. Die AfD befürwortet eine Verpachtung der gemeindeeigenen Äcker und Wiesen an die ortsansässigen landwirtschaftlichen Betriebe ohne Vorgabe der Bewirtschaftungsform (ökologisch oder konventionell).

3.6 Was Mülheim wirklich braucht

Als AfD Mülheim an der Ruhr fordern wir den vom Rat der Stadt am 25. Juni 2020 beschlossenen Klimanotstand und der daraus ergebenden Auflage der Klimaneutralität bis 2035 aufzuheben. Um diese ideologiegetriebene Schein-Klimaneutralität zu erreichen werden umfangreiche Maßnahmen entwickelt, die mehr als fragwürdig sind und nur die Lebenshaltungskosten in die Höhe treiben. Wir fordern die Rücknahme der ideologiegetriebenen irrsinnigen und für Bürger und Wirtschaft schädlichen Klimapolitik.

Wir lehnen den großflächigen Ausbau von Photovoltaik-Anlagen wie die im Gespräch befindlichen Vorhaben am Flughafen, in Selbeck und auf der Styrumer Deponie ab wegen fehlender Effizienz, unnötigem Flächenverbrauch, Schäden an der Umwelt und unzuverlässiger witterungsabhängiger Stromversorgung. Der unregelmäßige und zwanghafte Ausbau von PV-Anlagen auf kommunalen als auch privaten Neubauten auch in Verbindung mit Hausspeicher und Ladestationen mit den damit verbundenen hohen Kosten und der weiteren Belastung des vorhandenen Stromnetzes ist abzulehnen.

Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung muss sich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren. Diese Baumaßnahmen sind dann sinnvoll, wenn sich die Investitionskosten unter realistischen Annahmen und ohne staatliche Subventionen zur Wirtschaftlichkeit innerhalb von 10 - 20 Jahren amortisieren.

Eine Hauptaufgabe jeder Kommune ist die Sicherstellung der kommunalen Grundversorgung. Dies gilt insbesondere für die Trinkwasserversorgung. Wir lehnen es ab, dass Leistungen der Grundversorgung ausgeschrieben und dann privatisiert werden. Die AfD Mülheim fordert, dass die Versorgung mit dem Grundnahrungsmittel Trinkwasser nicht privatisiert werden darf.



4. Innere Sicherheit

Der öffentliche Raum - Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung

Nordrhein-Westfalen weist seit Jahren eine der höchsten Kriminalitätsraten unter den Flächenstaaten der Bundesrepublik auf. Clan-Kriminalität, die aus dem Ausland kommenden Geldautomaten-Sprenger und die Moco-Mafia, die sich ungehemmt durch Köln und Umland bombt, um lukrative Drogenmärkte zu erschließen, sind nur drei der typischen Kriminalitätsformen, die unser Land plagen. Den Nährboden für die ausufernde Kriminalität bereiten die unkontrollierte Masseneinwanderung von Menschen aus fremden Kulturräumen und der fehlende nationale Grenzschutz. Die Inbesitznahme öffentlicher Räume durch meist fremdsprachige Jugendgruppen hat zu einem Rückzug vieler Bürger von dort geführt. No-Go-Areas existieren auch in unserem Land, und sie expandieren zunehmend. Sicherheitskontrollen, Absperrpoller, Messerverbotzonen, polizeiliche Videoüberwachung und Frauenschutzzonen sind heute leider selbstverständlicher Bestandteil öffentlicher Veranstaltungen.

Diese Zustände müssen beendet werden! Sicherheit ist ein Grundrecht und ihre Gewährleistung eine Grundpflicht des Staates. Die AfD steht wie keine andere Partei für Rechtsstaatlichkeit und ein wehrhaftes Gemeinwesen auf allen Ebenen der Legislative und Exekutive. Die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung muss daher auch auf kommunaler Ebene höchste Priorität besitzen!

4.1 Mehr Personal für die Einsatzbereiche der Polizei

Seit dem Jahr 2015 haben Straftaten wie Sexualdelikte, Raub und Messerstecherei stark zugenommen, viele davon unter Beteiligung von Zuwanderern. Das Sicherheitsgefühl der Menschen und die innere Sicherheit in unserem Land erodieren täglich weiter. Der Kriminalitätsrate bei Gewaltdelikten muss entschlossen entgegengewirkt werden, damit sich die Bürger sicher im öffentlichen Raum bewegen

können. Die AfD fordert daher, das Personal im Streifendienst bei Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden deutlich aufzustocken.

4.2 Für eine Sicherheitspartnerschaft von Ordnungsamt und Polizei

Einige Gemeinden in NRW haben erfolgreich eine engere Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsämtern geschaffen. Das Konzept der Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft soll ausgebaut und gestärkt werden. Zur Verhinderung weiterer Straftaten sollten Polizeistreifen intensiviert werden. Der Schutzmann an der Ecke ist wieder gefragt. Unabhängig davon sind die kommunalen Ordnungsdienste für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen von Streifen unabdingbar. Die AfD tritt ferner für eine auf Kriminalitätsschwerpunkte begrenzte Nutzung der Videoüberwachung ein.

4.3 Ein sicheres Zuhause – weniger Einbrüche durch gute Nachbarschaften

Gute Nachbarschaften können einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Einbrüchen leisten. Die rasche Meldung verdächtiger Aktivitäten an die nächste Dienststelle und das Erscheinen der Polizei vor Ort erreichen auch bei noch nicht ausgeführter Tat einen Abschreckungseffekt. Die AfD-Fraktionen in den Stadträten und Kreistagen werden sich für entsprechende Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung und für deren Einbindung in die Kriminalprävention einsetzen.

4.4 Drogenhandel in den Innenstädten – ein Umdenken muss jetzt stattfinden

Die zahlreichen Drogenhotspots, die sich durch die Cannabis-Legalisierung flächendeckend in den nordrhein-westfälischen Großstädten ausbreiten, sind nicht hinnehmbar. Mit Prävention und Konzepten wie dezentralen, behördlich kontrollierten Konsumräumen in enger Zusammenarbeit mit Drogenhilfe, kommunalem Ordnungsdienst und Polizei muss das Problem endlich angegangen werden!

4.5 Mülheim sicherer und sauberer machen

Die Alternative für Deutschland in Mülheim an der Ruhr fordert eine deutliche Erhöhung der Präsenz von Polizei und Ordnungsamt an bekannten Brennpunkten, insbesondere in den Abendstunden, damit sich unsere Bürger wieder sicher in ihrer Stadt bewegen können. Tätlichkeiten gegen Sicherheits- und Einsatzkräften müssen konsequent geahndet werden. Eine Videoüberwachung an bekannten Drogenumschlagplätzen kann für mehr Kontrolle sowie Abschreckung bewirken und einer gezielten Strafverfolgung dienen.

Wir fordern ein dauerhaftes Polizeipräsidium in Mülheim an der Ruhr, um die Sicherheit vor Ort nachhaltig zu stärken. Mehr sichtbare Sicherheitskräfte sollen zunehmende Kriminalitätsschwerpunkte wirksam bekämpfen. Ein regelmäßiger Austausch und Lageübungen zwischen den Behörden des Katastrophenschutzes und der Bundeswehr erhöhen die Einsatzbereitschaft im Ernstfall.

Wir sind für die konsequente Bekämpfung der Vermüllung öffentlicher Räume. Neuralgische Punkte müssen regelmäßig überwacht, fixe Sperrmülltermine eingeführt und eine öffentlichkeitswirksame Kampagne gegen illegale Müllentsorgung. Die „mobile Stadtsauberkeits- und Beratungsgruppe“ lehnen wir wegen der Kosten und der unzureichenden Effizienz ab und werden die Finanzmittel effektiver, durch mehr Personal, Ausstattung und zusätzliche Fahrzeuge für die kommunale Entsorgungsgesellschaft, einsetzen. Bei illegal entsorgtem Müll müssen die Verursacher ermittelt und deutliche Bußgelder verhängt werden.



5. Migrations- politik und Rückführung

Dem Recht Geltung verschaffen

5.1 Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber. Ziel: Regel statt Ausnahme

Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht Arbeitspflichten für leistungsfähige Asylbewerber vor. Bei Verweigerung erfolgt grundsätzlich nur noch ein Erhalt von Sachleistungen. Die Tätigkeiten dienen auch der Schaffung einer sinnvollen Tages- und Sozialstruktur und der Verbesserung des Selbstwertgefühls bei den Betroffenen. Die Kommunen sollen daher genügend und geeignete Arbeitsgelegenheiten für Leistungsbezieher bereithalten.

5.2 Unrechtmäßig erlangte Einbürgerung konsequent entziehen

Unrechtmäßig erlangte Einbürgerungen sind von der kommunalen Staatsangehörigkeitsbehörde bei einem hinreichenden, tatsächengestützten Tatverdacht konsequent zu entziehen, insbesondere bei Islamisten bzw. Salafisten. Der kommunale Ordnungsdienst und der polizeiliche Staatsschutz melden insoweit Verdachtsmomente unverzüglich der Staatsangehörigkeitsbehörde zwecks Rücknahme solcher Einbürgerungen.

5.3 NRW liegt nicht am Mittelmeer – Deklarierungen als ‚sicherer Hafen‘ umgehend beenden

Die Bundespolitik hat mit Steuermitteln massiv das illegale Einschleusen von Ausländern über das Mittelmeer befördert. Über hundert Kommunen in NRW haben sich trotz fehlender bundespolitischer Zuständigkeit zum sogenannten sicheren Hafen erklärt und eine zusätzliche Aufnahme von zuvor in den EU-Raum eingeschleusten Personen geradezu eingefordert. Diese Erklärungen werden wir umgehend zurückziehen!

5.4 Bezahlkarten und Sachleistungsbezug einführen

Wir werden die landesrechtliche Möglichkeit zur Einführung der Bezahlkarte umsetzen. Wo immer mit vertretbarem Aufwand möglich, werden wir allerdings den Sachleistungsbezug der Nutzungsmöglichkeit der Bezahlkarte vorziehen. Die Möglichkeit des Bargeldbezugs mit der Bezahlkarte werden wir so weit wie möglich einschränken. Ebenso werden wir uns für eine Bekämpfung des Missbrauchs einsetzen. Hierbei geht es aktuell insbesondere um die SEPA-Funktion und den Umtausch von Gutscheinen gegen Bargeld, beispielsweise auch in Parteibüros der Grünen.

5.5 Kommunale Integrationsmaßnahmen auf das gesetzliche Minimum zurückfahren

Die Integration in die Gesellschaft sehen wir als Bringschuld der Zuwanderer. Daher betrachten wir Sprachkurse grundsätzlich als einzige zu fördernde Maßnahme. Die Förderung von Organisationen und ‚Projekten‘ der sogenannten ‚Zivilgesellschaft‘, die von der derzeitigen migrationspolitischen Schieflage nur allzu bereitwillig profitieren, werden wir beenden.

5.6 Einstellung sämtlicher Beratungsangebote der Stadt hinsichtlich Einbürgerung

Die Kommunen müssen die erforderlichen Bedingungen, Regelungen, Prozeduren etc. im Internet auf Deutsch öffentlich machen und das Einbürgerungsverfahren entsprechend durchführen. Darüber hinaus haben sie keinerlei Verpflichtung gegenüber Einbürgerungswilligen. Von diesen erwarten wir stattdessen Eigeninitiative. Grundsätzlich gilt: Einbürgerung ist der Endpunkt einer gelungenen Integration, nicht deren Beginn.

5.7 Aufnahmestopp für Mülheim beantragen

Auch in Mülheim sind die Folgen der unregelmäßigten Massenzuwanderung seit 2015 spürbar. Die Belastungen für unsere Stadt, ob in den Bereichen Sicherheit, Wohnraum, Bildung oder Soziales, steigen stetig. Die AfD Mülheim an der Ruhr fordert die konsequente Abschiebung krimineller und ausreisepflichtiger Migranten zum Schutze unserer Bürger und zur Entlastung unserer kommunalen Kassen. Die Stadt sollte einen sofortigen Aufnahmestopp für neue Geflüchtete in Mülheim beantragen, da unsere Stadt bereits jetzt an der Belastungsgrenze angekommen ist. Die Stadt hat das „Bündnis Städte Sicherer Häfen“ zu verlassen.

Wir fordern die sofortige Beseitigung von Anreizen zur ungehemmten Wirtschaftsmigration durch die Umwandlung von Geldleistungen in Sachleistungen durch die Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber auch in Mülheim als wirksames Instrument zur Entlastung der Verwaltung und zur Bekämpfung von Geldabflüssen ins Ausland. Wir brauchen die Abkehr von Duldung und Automatismus durch regelmäßige Überprüfung des Aufenthaltsrechts statt Einbürgerungspolitik auf Zuruf.

Auf Grundlage der Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz können Asylbewerber zu Arbeit verpflichtet werden. Dazu heißt es im §5 (4): „Arbeitsfähige, nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die nicht im schulpflichtigen Alter sind, sind zur Wahrnehmung einer zur Verfügung gestellten Arbeitsgelegenheit verpflichtet.“ Wir fordern daher die umgehende Umsetzung dieses Gesetzes für alle entsprechenden Asylbewerber in Mülheim.

6. Familie



Stabile Familien – Keimzellen der ganzen Gesellschaft

6.1 Die AfD fordert familienfreundliche Kommunen

Sämtliche Leistungen und Verwaltungsabläufe sollten systematisch auf Familienfreundlichkeit untersucht und angepasst werden. Es muss das Ziel jeder Kommune sein, Bedingungen zu schaffen, unter denen sich insbesondere Familien gut entwickeln können und Paaren die Entscheidung für Kinder leichter gemacht wird. Digitale Angebote sowie familienfreundliche Öffnungszeiten sollen die Verwaltung für Berufstätige und Familien leichter zugänglich machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert wird.

6.2 Kinderbetreuung den Bedürfnissen anpassen

Kinder fühlen sich in den ersten Lebensjahren in der vertrauten Umgebung ihrer Familie am wohlsten. Eltern brauchen regelmäßig Betreuungsangebote, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Um den Bedürfnissen von beiden gerecht zu werden, brauchen Familien flexible und verlässliche Angebote. Für die optimale Vergabe von Betreuungsplätzen soll für Kleinkinder verstärkt auf die Kapazitäten der Tagespflege verwiesen werden. Durch diese gesteuerte Entlastung der Kitas soll wieder eine verlässliche und vor allem qualifizierte Betreuung der Kinder ab dem 3. Lebensjahr gewährleistet werden.

6.3 Kitas familienfreundlicher gestalten

Viele Familien sind auf die Betreuung ihrer Kinder angewiesen, um ihrer Arbeit nachzugehen. Berufstätige Eltern dürfen nicht benachteiligt werden. Die AfD fordert die Abschaffung der einkommensabhängigen Elternbeiträge und fordert eine Bevorzugung von berufstätigen Eltern bei der Platzvergabe in öffentlichen Kitas. Die Kita erfüllt



auch die wichtigen Aufgaben der Förderung und Integration. Zur Vorbereitung auf die Schule muss in den Kitas Deutsch gesprochen werden. Der deutsche Spracherwerb ist DIE Grundlage für Integration und Bildung. Darüber hinaus wird die AfD alles dafür tun, die Politisierung der frühkindlichen Bildung zu stoppen. Genderideologie, Klima-Hysterie und Frühsexualisierung haben in einer Kita nichts zu suchen!

6.4 Kommunen als Vorreiter der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Kommunale Verwaltungen und Behörden sollen durch Telearbeitsplätze und flexible Arbeitszeiten ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem Eltern Kinderbetreuung und Arbeit gut vereinbaren können. Dazu zählen auch das Angebot von Teilzeitausbildungen für junge Eltern und gute (Wieder-)Einstiegsmöglichkeiten nach der Elternzeit. Die Kommune als Arbeitgeber soll Vorbild in familienfreundlicher Personalpolitik sein.

6.5 Sicherheit für Familien im öffentlichen Raum

Die Stadt muss ein sicherer Lebensraum für alle sein – egal ob Frau oder Mann, Kind oder Senior. Die AfD wird sich auf kommunaler Ebenen dafür einsetzen, dass der öffentliche Raum nicht dem vermeintlich Stärkeren überlassen wird. Hierzu müssen Akteure wie Ordnungsamt, Polizei, Städteplanung, ÖPNV usw. zusammenarbeiten. Halbherzige Maßnahmen wie Taxi-Gutscheine für Frauen sind als Symptombehandlung unzureichend. Neben konkreten Maßnahmen (mehr Präsenz von Sicherheitskräften, Beleuchtungskonzepte etc.) zur Beseitigung von Angsträumen fordern wir eine konsequente Bekämpfung der Ursachen der zunehmenden Kriminalität.

6.6 Ein Mülheim für Eltern und Kinder

Familien mit Kindern sind unsere Zukunft und brauchen gerade auf kommunaler Ebene eine starke Interessenvertretung. Gleichstellungsbeauftragte sollen daher durch Familienbeauftragte ersetzt werden, die kommunale Leistungen und Verwaltungsabläufe systematisch auf Familienfreundlichkeit untersuchen und anpassen. Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten von 15-20 Wochenstunden sowie Halbtags- und offene Ganztagschulen angeboten werden. Eine von der Kommune oder der Trägerschaft auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können, lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten.

Um berufstätigen Eltern die Doppelbelastung durch Beruf und Familie zu erleichtern, werden wir uns dafür einsetzen, dass freie Plätze in öffentlich geförderten Kitas wohnortnah und prioritär an berufstätige Eltern vergeben werden. Der (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben darf nicht monate- oder gar jahrelang behindert werden, weil keine Kitaplätze in zumutbarer Entfernung verfügbar sind oder diese an Kinder nicht berufstätiger Eltern vergeben wurden.



7. Schule und Bildung

Unseren Kindern die Zukunft erschließen

7.1 Schulische Vielfalt bedeutet Erhalt aller Schultypen

Nur ein mehrgliedriges Schulsystem kann Schülern mit unterschiedlichem Leistungs- und Motivationsvermögen gute und gerechte Bildungschancen bieten. Hierzu gehören auch die Förderschulen mit ihren besonderen Fördermöglichkeiten.

Deshalb müssen finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Eine einseitige Förderung der Gesamtschulen zulasten der Schulformen des gegliederten Schulwesens lehnen wir entschieden ab.

7.2 JA zur offenen Ganztagschule – NEIN zur verpflichtenden Ganztagschule

In vielen Familien sind beide Elternteile berufstätig, so dass die Kommunen den Rechtsanspruch auf eine OGS-Betreuung gegebenenfalls auch mit erhöhter Hilfe des Landes gewährleisten müssen. Offene Ganztagschulen sind eine notwendige Ergänzung zur familiären Betreuung. Ein solches Angebot darf jedoch nicht für alle Schüler einer Schule verpflichtend sein. Die Schulen dürfen sich keinen fremden Speisegesetzen unterwerfen.

7.3 Die Qualität des Regelunterrichts wiederherstellen

Hochwertiger Regelunterricht kann nur stattfinden, wenn alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind. Daher müssen eigene Förderklassen für Kinder von Zuwanderern gebildet werden. Ebenso sind an ausgewählten Grundschulen Vorschulklassen einzurichten, in denen Kinder, denen Sprach- und Grundfertigkeiten fehlen, auf den Unterricht der ersten Klasse vorbereitet werden.

7.4 Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft an den Schulen eindämmen

Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft erschweren zunehmend den Unterricht. Soziale Probleme und unregelmäßige Migration verschärfen diese Entwicklung. Die AfD fordert die Wiederherstellung der erzieherischen Autorität der Lehrer und einen systematischen Ausbau der Schulsozialarbeit. Den Schülern darf die eigenständige Nutzung von Mobiltelefonen ohne Erlaubnis durch eine Lehrkraft während der gesamten Unterrichtszeit, also auch in den Pausen, im Gebäude und auf dem Schulhof, nicht erlaubt sein. Ebenso verboten sein muss die Mitführung von Cannabis in der Schule. Bei anhaltenden Drogen- und Gewaltdelikten sollten auch technische Überwachungssysteme eingerichtet werden können.

7.5 Digitale Medien gehören zum Schul- und Unterrichtsalltag

Digitale Medien sind wichtige Instrumente für die Durchführung des Unterrichts. Dafür muss es an jeder Schule eine Breitband-Internetanbindung und in den Klassenzimmern eine Ausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer geben. Die personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur muss durch den Schulträger gewährleistet werden.

7.6 Mülheimer Schulen: Menschenbildung statt Volksverdummung

Unsere Schulen und Kitas dürfen nicht zu Orten der weltanschaulichen oder politischen Indoktrination werden. Die AfD setzt sich für Maßnahmen zur Einhaltung eines strikten Neutralitätsgebotes an Schulen ein.

Der Regelunterricht muss Priorität haben und darf nicht unter der Beschulung von Flüchtlings- und Zuwandererkindern leiden. Qualitativ hochwertiger Regelunterricht kann nur in Klassen stattfinden, in denen alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind.

Aus diesem Grund ist es wichtig, in ausreichendem Maß spezielle Förderklassen für Zuwanderer zu bilden. Einzelne lernschwache Kinder dürfen nicht die Lernleistung der Mehrheit blockieren.

Nur ein gegliedertes Schulsystem kann auch Schülern mit Förderbedarf optimale Bildungschancen bieten. Der Fortbestand der Förderschulen muss daher strukturell gesichert werden. Auch Förderschulen sind in Mülheim hochgradig ausgelastet und stoßen angesichts stetig steigender Schülerzahlen an ihre Kapazitätsgrenzen. Deshalb müssen finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Eine einseitige Förderung der Gesamtschulen zulasten der Haupt- und Realschulen lehnen wir ab.



8. *Mobilität und Verkehr*

Intelligente Lösungen statt ideologische Barrieren

Der Verkehrsraum sollte grundsätzlich gerecht und ohne ideologische Benachteiligung einzelner Verkehrsteilnehmer gestaltet werden. Wir betrachten den motorisierten Individualverkehr unverändert als attraktivste Möglichkeit der Fortbewegung. Deshalb fordern wir den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau von Straßen und preisgünstigem Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität der Ortskerne.

8.1 Stauvermeidende Verkehrsführung mit bedarfsgeschalteten Ampelregelungen

Um einen zügigen und effizienten Verkehrsfluss zu gewährleisten, braucht es vor allem eine stau- und stillstandsvermeidende Verkehrsführung. Wir befürworten daher bedarfsgeschaltete, KI-gestützte Ampelregelungen und den klassischen Einsatz von Polizisten zur Verkehrsregelung in den Stoßzeiten. Unnötige Ampeln sollen nachts und zu verkehrssarmen Zeiten abgeschaltet werden. Diese Maßnahmen sparen außerdem Kraftstoff und vermindern den Schadstoffausstoß.

8.2 Tempo 30 nur in Wohngebieten

Tempo-30-Regelungen dürfen innerorts nur in reinen Wohngebieten und vor besonderen Gefahrenstellen eingerichtet werden. Tempo-30-Regelungen auf innerstädtischen Durchgangsstraßen lehnen wir ab. Blitzer sollen grundsätzlich zur Sicherheit eingesetzt werden, nicht als Instrument der Haushaltssanierung.

8.3 ÖPNV und Radverkehr intelligent kombinieren

Um die Kombination von Radverkehr und ÖPNV sicherer und attraktiver zu gestalten, setzen wir uns für die Instandhaltung und den weiteren Ausbau des Radwegenetzes ein. An zentralen Haltestellen und

Bahnhöfen sind gesicherte Abstellmöglichkeiten einzurichten. Reine Fahrradstraßen lehnen wir ab. Auf den Einsatz von elektrisch oder mit Wasserstoff betriebenen Kommunalfahrzeugen soll so lange verzichtet werden, bis diese Antriebsarten in Bezug auf Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit wettbewerbs- und marktfähig sind.

8.4 Regelbetrieb im Berufs- und Schülerverkehr sichern

Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept, bei dem sich die Verkehrsträger sinnvoll ergänzen. Auf Grund des oft dysfunktionalen Nahverkehrs fordern wir, dass der Regelbetrieb gerade im Berufs- und Schülerverkehr aufrechterhalten und durch Zusatzfahrten entlastet wird. Die ständigen Ausfälle und Verspätungen in vielen unserer Städte vermitteln den nachrückenden Generationen das Bild eines versagenden Gemeinwesens und untergraben das Vertrauen in den Staat allgemein. Umgesetzte und geplante Angebotsreduzierungen müssen zurückgenommen werden, bevor teure Neu- und Ausbauprojekte gestartet werden. Zur Attraktivitätssteigerung fordern wir außerdem eine umfassende Information der Fahrgäste in Echtzeit.



8.5 Mobiles Mülheim: Die Innenstadt beleben, nicht blockieren

Die von der Stadt betriebene Verdrängung des motorisierten Individualverkehrs aus der Innenstadt durch flächendeckende Tempolimits, oft fragwürdige Fahrradwege und künstliche Straßenverengungen führt nicht zu einer Belebung der City, sondern schreckt Besucher, Gewerbetreibende und Anwohner ab. Die AfD Mülheim an der Ruhr tritt entschieden gegen diese realitätsferne Verkehrspolitik ein und fordert: Erhalt und Ausbau innerstädtischer Parkmöglichkeiten für eine lebendige Innenstadt, die Bürger, Kunden und Gäste willkommen heißt; Stärkung des Individualverkehrs bei freier Wahl des Verkehrsmittels, keine weitere Benachteiligung von Autofahrern durch Parkraumvernichtung und Schikanen. Radwege, wo sie tatsächlich notwendig und sinnvoll sind, nicht als ideologisches Prestigeprojekt. Sicherheit und Nutzbarkeit stehen im Vordergrund. Verzicht auf teure Experimente mit Wasserstoffbussen, deren hohen Kosten für Produktion, Infrastruktur und Betrieb in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen..



9. Bauen und Wohnen

Lebensqualität in Stadt und Land

Wichtigster Ort des Alltagslebens ist für die meisten Menschen die eigene Wohnung. Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis.

Es ist ein alarmierendes Zeichen, dass heute ausgerechnet das Grundrecht auf Wohnen für viele Menschen mit schweren Belastungen verbunden ist. Die wichtigsten Ursachen hierfür sind die Übernahme großer Wohnungsbestände durch transnationale, renditeorientierte Investoren, die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus und die irreguläre Massenzuwanderung von Personen, die gleichwohl nach deutschem und europäischem Asylrecht versorgungsberechtigt sind.

9.1 Wohnungsbau antreiben, Wohnkosten senken, Wohneigentum fördern

Wir stärken die Wohnraumförderung für private, öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsanbieter, um gezielt bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr günstige Wohnheime und Apartments für Studenten und Auszubildende entstehen.

Die Mieterprivatisierung kommunaler Wohnungsbestände kann eine Chance sein, Verantwortung in die Hände der Bewohner zu legen, stabile Nachbarschaften zu fördern und gleichzeitig finanzielle Spielräume für neue kommunale Wohnbauprojekte zu schaffen. Eine Mietpreisbremse lehnen wir ab. Ortsansässigen Familien wollen wir durch Einheimischenmodelle den Erwerb von Wohneigentum erleichtern.

Viele Kommunen sind mit der Unterbringung von Asylbewerbern überfordert und müssen zu hohen Kosten Wohnungen anmieten. Die AfD fordert gegenüber der Landesebene ein Vetorecht bei Zu-



weisungen von Asylbewerbern. So nehmen wir Druck von höchst angespannten Wohnungsmärkten. Wir überprüfen und entschärfen Kostentreiber wie Grundsteuer, Stellplatz-, Garagen- und Baumsatzungen sowie unnötige Regulierungen, um den Bau neuer Wohnungen zu erleichtern.

9.2 Stadtplanung für eine lebenswerte Zukunft

Die AfD setzt sich für lebendige Ortszentren ein, in denen Wohnen, Arbeiten und Kultur nebeneinander funktionieren. Gut erreichbare Schulen und Kindergärten, Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum, naturnahe Grünflächen und intakte Spielplätze sind grundlegend für eine hohe Lebensqualität. Wir fordern zur Bereitstellung von günstigem Bauland die Aktivierung von Flächenreserven sowie Innenentwicklung durch Aufstockungen, Baulückenschließungen und Ersatzneubau mit hohen Geschossflächenzahlen. Wir setzen auf eine enge Abstimmung mit Nachbarkommunen, um den Wachstumsdruck von Städten und Gemeinden nachhaltig zu steuern.

9.3 Baukultur bewahren und weiterentwickeln

Wir besinnen uns auf unser baukulturelles Erbe. Dringend benötigter Wohnungsneubau muss sich architektonisch und städtebaulich in den gewachsenen Bestand einfügen. Regionale Baukultur und ortstypische Baumerkmale können als Leitbild öffentlich ausgeschriebener Bauwettbewerbe dienen. Bauherren sollen durch Bauberatungsstellen Unterstützung bei der Realisierung regionalspezifischer Bauwerke finden.

9.4 Wieder Wohnen können in Mülheim

Als AfD setzen wir uns dafür ein, dass Mülheim eine Stadt bleibt, in der Menschen jeder Einkommensklasse Wohnraum finden können. Die Vermeidung von Leerstand und die Beschleunigung des Wohnungsbaus bedürfen einer effizienten und unbürokratischen Um-

setzung. So sollte in Abstimmung mit dem Eigentümer auch eine zeitnahe Umwidmung des ehemaligen ZUE-Gebäudekomplexes zur Schaffung attraktiven Wohnraums zügig erfolgen.

Die Entwicklung des ehemaligen Tengelman-Geländes zu einer lebenswerten Parkstadt wird befürwortet. Eine Lockerung der Höhenbegrenzung bei Neubauten ist unter Berücksichtigung sozialer und städtebaulicher Aspekte zur Minimierung der Flächenversiegelung zu befürworten. Bei Neubauprojekten wollen wir die Schaffung von Tiefgaragen bzw. auch „Hochgaragen“ nach japanischem Vorbild forcieren. Sie schaffen zusätzlichen Parkraum, der nicht zulasten anderer Flächen geht.



10. Gesundheit, Sport und Ehrenamt

10.1 Unterstützung für lokale Sportvereine

Wir befürworten die finanzielle Förderung der örtlichen Amateursportvereine, Investition in Sportanlagen und Ausbildung der vielen Menschen, die bereit sind, sich ehrenamtlich z. B. als Trainer zu engagieren. In diesem Rahmen sollte auch gewährleistet werden, dass alle Kinder im Laufe der Grundschule die Schwimmfähigkeit erlangen. Die Einbindung sportlicher Expertise in die kommunale Gesundheits- und Bildungspolitik sehen wir als wichtige Chance für Prävention und Lebensqualität.

10.2 Wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Die Krankenhausversorgung muss überwiegend eine Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben. Wir wollen aber nicht nur die Krankenhäuser vor Ort erhalten, sondern auch die Hausarztpraxen im ländlichen Raum. Nur dadurch kann eine zeitnahe Akutversorgung erfolgen. Gleiches gilt für die Erreichbarkeit von Geburtshilfestationen, Kinderkliniken und Hebammenversorgung. Um die Hausarztpraxen im ländlichen Bereich zu erhalten und zu entlasten, befürworten wir bei Neugründung oder Praxisübernahme eine finanzielle Förderung durch die Kommune.

10.3 Sozialverträgliche Gesundheitspolitik

Während des Asylverfahrens tragen die Kommunen die Gesundheitskosten, oftmals organisiert über Rahmenverträge mit den Krankenkassen. Für Personen, die keine Zahlungen in unser Sozialsystem geleistet haben, fordert die AfD die Beschränkung auf eine ausschließlich medizinische Grundversorgung. Niemand darf sich auf Kosten der Solidargemeinschaft umfassend sanieren (Beispiel: umfassende orthopädische Zahnkorrekturen).

10.4 Ehrenamt stärken – Gemeinschaft bewahren

Unsere Städte und Gemeinden brauchen engagierte Bürger, die durch ihren Einsatz Gemeinschaft und Zusammenhalt stärken. Der Breitensport mit seinen zahlreichen Vereinen und Verbänden wäre ohne sie undenkbar! Die AfD setzt sich dafür ein, das Ehrenamt als tragende Säule der Gesellschaft nicht nur anzuerkennen, sondern aktiv zu fördern – etwa durch kommunale Boni oder als Voraussetzung bei Einbürgerungen. Ehrenamtliches Engagement verdient Respekt, Unterstützung und gezielte Förderung!

10.5 Gesunde Verhältnisse schaffen in Mülheim

Gesundheit soll vor Ort, in den Schulen, auf den Sportplätzen, in den öffentlichen Einrichtungen beginnen mit Prävention, Sauberkeit und Ordnung, mit Respekt vor unseren Regeln.

Die AfD Mülheim an der Ruhr fordert:

- Senkung der Nutzungsgebühren für städtische Sportstätten, um Vereine und Jugendsport nachhaltig zu fördern;
- Frühkindliche Gesundheitsprojekte an Grundschulen, um Übergewicht, Diabetes und anderen Zivilisationskrankheiten präventiv zu begegnen und Belastungen der Krankenkassen zu senken;
- Bekämpfung importierter Infektionskrankheiten durch wirksame Aufklärungs-, Kontroll- und Vorsorgemaßnahmen, insbesondere bei Zuzug aus Risikogebieten;
- Konsequentes Vorgehen gegen hygienisch bedenkliche Gewerbebetriebe, in denen wiederholt Verstöße festgestellt werden, insbesondere in Friseursalons mit Berichten über Pilzinfektionen und ähnliches;

Sicherheitsdienste in Schwimmbädern sowie Hausverbote für Störer und Gewalttäter, um diese Freizeitorte wieder familienfreundlich zu gestalten.



11. Kultur und Denkmalpflege

Wissen, wer wir sind

11.1 Kunst und Kulturförderung

Die grundgesetzlich garantierte Kunstfreiheit meint Freiheit von jeglichen staatlichen Vorgaben und Repressionen. Schranken setzt lediglich das Strafrecht. Eine Kulturförderung nach kunstfernen Kriterien wie Geschlecht, Ethnie oder ‚politisch korrekter‘ Haltung lehnen wir ab.

11.2 Die AfD unterstützt die Förderung von städtischen Musikschulen

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen. Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu ihnen offensteht.

11.3 Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur

Das regionale Brauchtum hat – oft über Jahrhunderte – unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Die Heimatkultur stellt einen wichtigen Bezugspunkt für die Identifikation mit unseren Städten und Regionen dar. Diese Werte will die AfD pflegen und fördern. Deutschland muss als vielfältige Kulturnation erhalten bleiben.

11.4 Regionale Baukultur zum architektonischen und städtebaulichen Leitbild machen

Wir sehen die zunehmende Verödung von Städten und Gemeinden durch gestalterische Planlosigkeit oder monotone Zweckarchitektur

mit Sorge. Deshalb wollen wir die Auseinandersetzung mit regionaler Baukultur als Leitbild für Architektur und Städtebau fördern. In öffentlich ausgeschriebenen Bauwettbewerben sollen Kriterien für identitätsstiftenden Städtebau nach Maßgabe des Leitbildes erarbeitet und entsprechende Initiativen bestärkt werden. Ideologisch motivierte Umbenennungen von Straßen oder Plätzen und die Beseitigung von Denkmälern, die der herrschenden Gesinnungsethik scheinbar entgegenstehen, lehnen wir ab.

11.5 Heimatstadt Mülheim

Das regionale Brauchtum hat – oft über Jahrhunderte – unsere Stadt und die Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben.

Einer Umbenennung des Sankt-Martins-Umzugs in „Lichterfest“ treten wir entschieden entgegen! Ein Verbot des Aufstellens eines Weihnachtsbaumes sowie ein damit einhergehendes Verbot des Singens von Weihnachtsliedern in Kitas ist inakzeptabel. Wir stehen weiterhin zum Erhalt der Raffelberger Rennbahn.

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen.

Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu den Musikschulen offensteht.

12. Hier bei uns



Als Alternative für Deutschland stehen wir für mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Wir glauben an die Mündigkeit des Bürgers, Demokratie lebt von der aktiven Mitgestaltung. Unser Ziel ist es mehr Bürger zu ermutigen, sich über die einfache Wahlbeteiligung hinaus an dem politischen Geschehen zu beteiligen. Die AfD Mülheim an der Ruhr fordert die häufigere Einbindung der Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse der Stadt Mülheim an der Ruhr, die Schaffung von öffentlichen Plattformen zum politischen Austausch der Bürger untereinander, zum Beispiel politische Foren in der Stadthalle und die zügige Umsetzung von Bürgerentscheiden. Das Beispiel des Bürgerentscheids zur Volkshochschule, bei dem sich eine Mehrheit für den Erhalt der VHS aussprach und dies bis heute nicht umgesetzt wurde, zeigt wie wichtig eine zeitnahe Umsetzung eines Bürgerbegehrens ist.



Impressum

Herausgeber: AfD NRW
Gladbecker Straße 5
40472 Düsseldorf

Redaktion: Prof. Dr. Hans Neuhoff, Frank Kortmann

E-Mail: geschaeftsstelle@afd.nrw

Telefon: +49 (211) 5455895-0

Fax: +49 (211) 5455895-9

Website: www.afd.nrw

1. Auflage (August 2025)

Bildnachweise:

Cover: AfD Kreis MadR

Seite 2: AfD NRW

Seite 5: AfD Kreis MadR

Seite 8: AdobeStock/ Nina

Seite 6: iStock

Seite 11: iStock

Seite 16: AdobeStock/ Eva

Seite 21: AdobeStock/ graja

Seite 25: AdobeStock/
Sven Grundmann

Seite 29: AdobeStock/ m.mphoto

Seite 33: AdobeStock/ JenkoAtaman

Seite 37: iStock

Seite 41: iStock

Seite 43: iStock

Seite 45: AdobeStock/ PSCL RDL

Seite 49: iStock

Seite 52: iStock

Seite 55: iStock

Rechtlicher Hinweis:

Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Texte – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internethinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.



So können Sie uns vor Ort unterstützen mit einer Spende:

Kontoinhaber: AfD Kreis Mülheim an der Ruhr

IBAN: DE40 3625 0000 0175 1298 71

BIC: SPMHDE3EXXX

Verwendungszweck: Spende AfD-MH
und Ihre Anschrift für eine Spendenquittung.



Herausgeber:

AfD Kreis Mülheim an der Ruhr | Gladbecker Straße 5 | 40472 Düsseldorf